



Stiftung
Asienhaus

Blick Wechsel

Juli 2023



Zur Kriminalität gezwungen: Menschenhandel und Betrugs- fabriken in Kambodscha

Von Arthur Delle

Getrieben von Investitionen aus China hat sich Kambodscha in den vergangenen zehn Jahren in ein Glücksspiel-Eldorado für chinesische Tourist:innen entwickelt. Bedingt durch Gesetzesänderungen und die Corona-Pandemie ist daraus ein lukratives, illegales Geschäft mit Internetbetrug und Menschenhandel entstanden.

Wenn es um Menschenhandel und Sklaverei in Südostasien geht, fällt oft das Beispiel von thailändischen Fischerbooten und die damit verbundene Zwangsarbeit. Diese wurde schon wiederholt in [Berichten](#), Dokumentationen, Filmen und Radiofeatures thematisiert. Vielleicht kommt einem noch im Sinn, dass Menschen in der Region wegen angehäufter Schulden zu Lohnsklaven in

Ziegeleien und ähnlichen einfachen Produktionsstätten gemacht werden.

In den vergangenen Jahren hat sich aber in Südostasien – vor allem Kambodscha – ein völlig neues Gebiet der modernen Sklaverei entwickelt. Menschen werden mit tollen Jobangeboten gelockt und werden dann zu Cybercrime, d.h.



In solchen Gebäuden werden die ‚Cyber-slaves‘ festgehalten und zu Online-Kriminalität gezwungen (Fotos: © Mech Dara, alle Rechte vorbehalten).

Computerkriminalität, in so genannten Betrugsfabriken gezwungen. Wie konnte es dazu kommen und wie funktioniert das genau? Dazu muss man ein paar Jahre zurückgehen, um die Ursachen und die Methoden genauer zu betrachten.

Ba boom und Glücksspiel in Kambodscha

Im Jahr 2013 startete die chinesische Regierung die ambitionierte Belt and Road Initiative (BRI) – im deutschsprachigen Raum unter Neuen Seidenstraßen bekannt – und Kambodscha war eines der ersten Länder, das entsprechende Verträge unterschrieb. Seitdem flossen mehr als 15 Milliarden Euro Investitionen von China nach Kambodscha. In der kambodschanischen Küstenstadt Sihanoukville wurde eine Sonderwirtschaftszone (Special Economic Zone, SEZ) errichtet, in der auf ausgewählte Produkte – auch Baumaterial – keine Steuern auf Im- und Exporte erhoben werden. Das hat viele chinesische Investoren und Immigrant:innen ange lockt. Zwischen 2013 und 2019 wuchs die Anzahl chinesischer Bürger:innen in Kambodscha von 80.000 auf über 250.000 an.

Der Löwenanteil wurde in Immobilien in Phnom Penh und vor allem in Kasinos und Immobilien in Sihanoukville investiert. Damit wurden chinesische Tourist:innen ins Land gelockt – in China ist Glücksspiel illegal – und Sihanoukville hat sich von einem verschlafenen ‚Fischerdorf‘ zu einem chinesischen Glücksspiel-Paradies entwickelt. Aus zahlreichen chinesischen Städten gab es tägliche Flüge voll mit Tourist:innen, die in Sihanoukville ihr Glück suchten.

Dafür wurden in Sihanoukville riesige Hotelkomplexe gebaut, die selbstverständlich auch über ein angeschlossenes Kasino verfügten. So konnten die hauptsächlich chinesischen Tourist:innen in ihrem Urlaub direkt und ungestört dem Glücksspiel nachgehen. Das Erscheinungsbild der Stadt hat sich seither sehr verändert und chinesischen Charakter angenommen, in großen Teilen der Stadt überwiegen chinesische Schriftzeichen gegenüber der kambodschanischen Schrift.

Zu den Kasinos kamen noch Online-Spielportale, die aus Sihanoukville betrieben wurden. Der Aufstieg der Glücksspielindustrie wurde aber von einem Anstieg der Kriminalität begleitet. Schon 2018 versicherte Bo Xiong, der chinesische Botschafter in Phnom Penh, dass weder er noch seine Regierung in Peking hinter dem Wandel Sihanoukvilles in ein chinesisches ‚Glücksspiel-Dorado‘ stehe. Er konstatierte aber, dass in Kambodscha einige chinesische Bürger:innen mit niedrigen moralischen Werten illegalen Aktivitäten nachgingen, dazu gehören neben dem Glücksspiel auch Online-Betrug. Außerdem würden diese Leute durch Trunkenheit und unbotmäßigem Verhalten in der Öffentlichkeit auffallen.

„Es ist wichtig zu verstehen, dass sich viele chinesische Syndikatsbanden in Kambodscha niedergelassen haben, um Online-Glücksspielunternehmen zu organisieren. Dies war einer der Hauptgründe für den massiven Zustrom chinesischer Investitionen nach Sihanoukville und Phnom Penh“, erklärt Phil Robertson von Human Rights Watch (HRW).



Hunderte Personen wurden im Gebäude Kaibo in Sihanoukville zu Online-betrug in verschiedenen Ländern und Sprachen gezwungen (Foto: © Mech Dara, alle Rechte vorbehalten).

Im Jahr 2019 änderten sich die Rahmenbedingungen. Gemeinsam mit der chinesischen Regierung gingen die kambodschanische Behörden erstmals gegen illegale Geschäfte vor. Auch das Immobiliengeschäft erfuhr einen deutlichen Abschwung, mit der Folge, dass heute in Sihanoukville hunderte unfertiger Bauten stehen. In dieser Zeit verließen rund 200.000 chinesische Bürger:innen das Land wieder.

Folgen der Corona-Pandemie und des Glücksspielverbots

Nachdem Kambodschas Premierminister Hun Sen auf Druck der chinesischen Regierung 2019 Online-Glücksspiel für Ausländer in Kambodscha verbot – für Einheimische war Glücksspiel off- und online schon immer illegal –, wurden die Lizenzen der meisten Kasinos nicht erneuert. Diese Faktoren und die aufkommende COVID-19-Pandemie Anfang 2020 führten dazu, dass sich die Kasinobetreiber – oftmals chinesische Syndikate – ein neues Geschäftsfeld suchen mussten. Sie verlagerten ihre Tätigkeiten auf sogenannte Cyberscams, d.h. Online-Betrügereien.

„Zu diesem Zeitpunkt mussten die Syndikate ein neues Geschäftsmodell finden und kamen auf dieses Online-Betrugsmodell“, so Robertson. „Dies erforderte computerkundige Mitarbeiter:innen, die viele verschiedene Sprachen sprechen. Und solche Personen hatten die Syndikate noch nicht zur Verfügung.“

Als die chinesische Regierung die Grenzen während der Corona-Pandemie schließen ließ, kamen von dort so gut wie keine Menschen

mehr nach Kambodscha. Aber der Zusammenbruch der Tourismusindustrie in Südostasien führte dazu, dass viele, vor allem junge Menschen in der Region arbeitslos wurden und auf der Suche nach neuen Jobmöglichkeiten waren. Diese waren eine gefundene Zielgruppe für die illegalen Online-Scam-Betreiber, eine regelrechte „Industrie“.

Mit vermeintlich gut bezahlten Jobangeboten auf Facebook wurden so junge Leute gelockt. Oftmals werden sie von Menschenschmugglern, sogenannten Snakeheads ins Land gebracht. Dort angekommen, wird ihnen der Pass abgenommen und an die Betreiber der Online-Scams verkauft. Die Summen betragen zwischen 10.000 und 30.000 US-Dollar. Der Kaufbetrag ist der Hebel, um die festgehaltenen Menschen zu erpressen. Sie werden in den leerstehenden Hotel-

Cyberkriminalität

Als Cyberkriminalität (im englischen Cybercrime) werden Straftaten bezeichnet, die im Internet begangen werden. Im engeren Sinne sind das „nur“ Straftaten, die auf der Technik von Computersystemen beruhen. Dazu gehören zum Beispiel Datendiebstahl und die Verbreitung von Schadsoftware. Im weiteren Sinne werden aber Straftaten, die mit dem Computer und dem Internet begangen werden, dazu gerechnet, das sind zum Beispiel Drogenhandel und Verbreitung unerlaubter Schriften. Bekannt sind vor allem Love-Scams, bei denen mit vorgetäuschter Verliebtheit finanzielle Mittel erschlichen werden.

komplexen oder anderen leeren Wohngebäuden, den Betrugsfabriken, untergebracht. Dort werden sie gezwungen, sich an dem Online-Betrug zu beteiligen. Oder sie müssen ihre Verwandten anrufen und diese bitten sie freizukaufen.

Online-Betrug: Es geht um viel Geld

Der Online-Betrug ist vielfältig, es werden günstige Kredite vergeben, deren Raten sich immer weiter erhöhen, oder unbedarfte Menschen werden zum Kauf von vermeintlich gewinnbringenden Kryptowährungen überredet. Eine weitere Methode sind Love-Scams. Dabei werden auf verschiedenen Online-Plattformen Fakeprofile erstellt und meist Frauen eine Liebesbeziehung vorgegaukelt an deren Ende es immer um Geld geht. Einzelne Opfer haben dabei bis zu 300.000 US-Dollar verloren.

Wer von den festgehaltenen Personen nicht mitmachen will oder wer nicht genügend Geld ‚verdient‘, wird körperlich misshandelt, vergewaltigt, auf Essensentzug gesetzt oder in wenigen Fällen sogar getötet. Zum Teil werden sie auch von einem Syndikat an das nächste weiterverkauft, sodass sich die Summe, die sie erwirtschaften müssen, um frei zu kommen, sich immer weiter erhöht.

Obwohl aufgrund der kambodschanisch-chinesischen Zusammenarbeit allein im Jahr 2019 rund 19.000 chinesische Staatsbürger:innen ausgewiesen und nach ihrer Rückkehr in China wegen Beteiligung an Online-Scams und Betrug verhaftet wurden, ist das Treiben der Syndikate öffentlich und medial kaum wahrgenommen.

Recherchen von Voice of Democracy brachten das Ausmaß ans Licht

Erst im Frühjahr 2022 kam das Ausmaß der kriminellen Aktivitäten an das Licht der Öffentlichkeit. Das zweisprachige Online-Nachrichtenportal Voice of Democracy (VoD), eines der letzten unabhängigen Medien Kambodschas, publizierte eine Serie Investigativrecherchen dazu.

Die Veröffentlichungen von VoD berichteten im Detail über einzelne Schicksale, zeigten Bilder der Hotels und Gebäudekomplexe, in denen Menschen gegen ihren Willen festgehalten

wurden und zeigten auch die Verbindungen der Hintermänner zu kambodschanischen Geschäftsleuten mit Verbindungen in höchste Regierungskreise auf.

Obwohl VoD im Februar 2023 von der Regierung die Lizenz entzogen wurde und es daraufhin den Betrieb einstellen musste, wurden die Recherchen zu Cyberkriminalität und Menschenhandel im Juni 2023 vom US-Außenministerium mit einem Preis ausgezeichnet.

Es zeigte sich folgendes Bild: Die Opfer des Menschenhandels kommen hauptsächlich aus den ASEAN-Staaten und dem ostasiatischen Raum. Es gibt aber auch Berichte von Opfern aus anderen Teilen der Welt. „In den vergangenen 20 Monaten haben wir mit der kambodschanischen Polizei, anderen NGOs und den zuständigen Botschaften zusammengearbeitet, um den Opfern aus Thailand, Malaysia, Indonesien, Myanmar, Taiwan, Festlandchina, den Philippinen, Indien, Bangladesch, Pakistan und der Türkei zu helfen“, sagt zum Beispiel die International Justice Mission (IJM) in einem Statement. „Wir haben zudem bestätigte Berichte über Menschen, die aus englischsprachigen Ländern in Afrika, wie Kenia, verschleppt wurden. Es gibt darüber hinaus unbestätigte Berichte über den Menschenhandel mit Europäer:innen“, ergänzt Robertson.

Angelockt werden meist junge Menschen, die gut Englisch können und den Umgang mit Computern gewöhnt sind, oft über Anzeigen bei Facebook. Es werden Stellen als Videospield-Promotor:in, Qualitätsmanager:in oder ähnliches angeboten und die Löhne um die 1.500 US-Dollar waren vor allem auch in der Pandemiezeit verlockend.

„Den Opfern wird ein hohes Gehalt versprochen. Doch wenn sie erst einmal dort sind, sieht die Sache ganz anders aus. Wenn sie merken, dass sie in der Falle sitzen und nach Hause wollen, sagen die Verbrecher: ‚Nun, wir haben bezahlt, um euch zu holen, wenn ihr also gehen wollt, müsst ihr das Geld zurückzahlen‘“, berichtet Ekapop Lueangpreasert, der versucht thailändische Opfer aus den Fängen der Syndikate zu befreien.

Naly Pilorge von der kambodschanischen Menschenrechtsorganisation LICADHO ist es wichtig, dass es zwei Arten von Opfern beim Online-Betrug gibt. Einerseits die Opfer, die festgehalten und zur betrügerischen Zwangsarbeit gezwungen werden, diese käme haupt-



Unscheinbar und hinter Stacheldraht, eine so genannte ‚Betrugsfabrik‘ (Foto: © Mech Dara, alle Rechte vorbehalten).

sächlich aus Asien. Andererseits die Opfer der Betrügereien, die vor allem in Europa und den Vereinigten Staaten sitzen. Letztere wüssten oft auch nicht, dass sie von „Zwangsarbeiter:innen“ betrogen wurden.

Die Berichte von VoD über die Ausmaße des Menschenhandels und ein anschließender Dokumentarfilm von Al Jazeera haben die Nachbarländer Kambodschas alarmiert. Daraufhin warnten die Botschaften und Strafverfolgungsbehörden der ASEAN-Staaten ihre Bürger:innen Stellenangebote aus Kambodscha anzunehmen und dorthin zu reisen.

Der thailändische Nationale Rat für wirtschaftliche und soziale Entwicklung schätzte im Mai 2022, dass betrügerische Anrufe im Jahr 2021 um 270 Prozent und betrügerische SMS-Nachrichten um mehr als 50 Prozent zunahmen. Es wurden fast 50.000 offizielle Beschwerden eingereicht, doppelt so viele wie im Jahr 2020.

„Das Problem des weitverbreiteten Menschenhandels in Kambodscha ist eine Blamage für Hun Sen und seine Regierung, aber es kam nicht überraschend“, kommentierte der ehemalige thailändische Außenminister Kasit Piromya. Hun Sen habe zwar die Mittel, das Problem anzugehen, aber es fehlt ihm der Wille dazu. „Tatsächlich ist er durch das korrupte System der Klientelwirtschaft, das er beaufsichtigt, direkt mitschuldig.“

Laut einem Bericht der Tageszeitung Straits Times verloren in Singapur die Einwohner:innen im Jahr 2021 über 630 Millionen Singapur-Dollar (468,85 Millionen US-Dollar) durch Betrug, 2,5 Mal mehr als im Vorjahr, so die Polizei. Sie gibt

an, dass mindestens 90 Prozent der Betrugsfälle in Singapur aus dem Ausland stammen, und beschreibt die Betrüger als „gut ausgestattet und technologisch ausgefeilt“.

Verbindungen in Politik und zu Geschäftsleuten

Berichte mehrerer Medien, darunter VoD und Al-Jazeera, und von der internationalen NGO Cyberscam Monitor haben nachgewiesen, dass kambodschanische Wirtschaftsbosse mit Verbindungen in höchste Regierungskreise am Betrugsmodell mitverdienen. Da gibt es Kok An, Senator der Cambodian People’s Party und Berater von Kambodschas Premier Hun Sen, der Eigentümer des Crown High-Tech Industrial Park ist. Auf dessen Gelände wurden Menschen festgehalten und zu Cybercrime-Aktivitäten gezwungen. Oder sein Schwiegersohn Rithy Raksmei, der als Eigentümer der K99 Group den Triumph City Compound in Phnom Penh gebaut hat, der auch Betrugsfabrik diente. Um nur zwei prominente Beispiele zu nennen.

Die Beteiligung hoher Politiker und einflussreicher Geschäftsleute könnte ein Grund sein, warum weder die Polizei noch die kambodschanische Justiz trotz internationalem Aufschrei effektiv gegen das Treiben vorgeht. Zum Teil werden sogar die Opfer des Menschenhandels oder deren Retter vor Gericht gebracht. Im August 2022 wurde Chen Baorong, ein chinesischer Staatsbürger, in Kambodscha zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Er hatte versucht Landsleute aus einem der Gebäudekomplexe in Sihanoukville zu befreien.

Interview zu Menschenhandel und Cyberkriminalität

Zum Ausmaß des Online-Betrugs und der Lage der betroffenen festgehaltenen Menschen berichtet Phil Robertson von Human Rights Watch (HRW). Er leitet die Asienabteilung der Menschenrechtsorganisation.

Wie viele Menschen sind den Syndikaten schon zum Opfer gefallen?

Die tatsächliche Zahl ist unbekannt. Lokale und internationale NGOs, die an vorderster Front versuchen, Menschen aus den Fängen dieser Menschenhändler und Online-Betrüger zu befreien, gehen davon aus, dass es in Kambodscha Zehntausende von Opfern des Menschenhandels gibt, wobei es auch bis zu 100.000 Personen sein könnten. Ich möchte jedoch klarstellen, dass wir keine Möglichkeit haben, diese Zahlen wirklich zu überprüfen. Die kambodschanischen Behörden, die diese Menschen eigentlich retten sollten, nehmen immer noch Bestechungsgelder an und schauen weg.

Was müssen diese Menschen durchmachen?

Es handelt sich fast ausschließlich um Opfer von Menschenhandel. Sie werden gezwungen, 14 bis 18 Stunden pro Tag online zu arbeiten, um andere Menschen zu betrügen. Sie werden in Gebäuden eingesperrt, die von bewaffneten Männern bewacht werden. Ihre Pässe werden ihnen abgenommen, sodass sie, selbst wenn sie entkommen, das Land nicht verlassen können. Ihre Arbeit und ihre Online-Aktivitäten für das Syndikat werden ständig überwacht, und die Nichteinhaltung von Zielvorgaben führt zu Bestrafungen. Diese Bestrafungen beginnen mit Beschimpfungen und Drohungen und können bis zu Einzelhaft ohne Essen und Trinken und körperlichen Misshandlungen reichen, bei denen sie mit Stöcken geschlagen oder mit Elektroschockern gequält werden.

Gibt es noch weitere Folgen für die Opfer der Menschenhändler?

Ja, sie werden sogar mit dem Tod bedroht, wenn sie ihre Leistung nicht steigern. In einigen Fällen werden die Opfer von einem Syndikat an ein anderes verkauft, und jedes Mal, wenn dies geschieht, erhöht sich der Betrag der ‚Schulden‘ an das Syndikat. Frauen wird gedroht, dass sie, wenn sie mit dem Online-Betrug nicht genug Geld einbringen, in die Prostitution verkauft werden. Wir vermuten auch, dass dies bereits in einigen Fällen passiert ist. Um es offen zu sagen: Diese Betrugszentren für Menschenhandel sind die Hölle auf Erden für diejenigen, die dort arbeiten müssen.

Welchen Ausweg gibt es für die festgehaltenen Menschen?

Der einzige Ausweg ist entweder die Flucht oder die Zahlung eines hohen Lösegelds an das Syndikat, um freigelassen zu werden. Es gab auch bereits Fälle, in denen Familien Tausende von US-Dollar für ihre Angehörigen bezahlt hatten, und das Syndikat sie trotzdem weiter festgehalten hat.

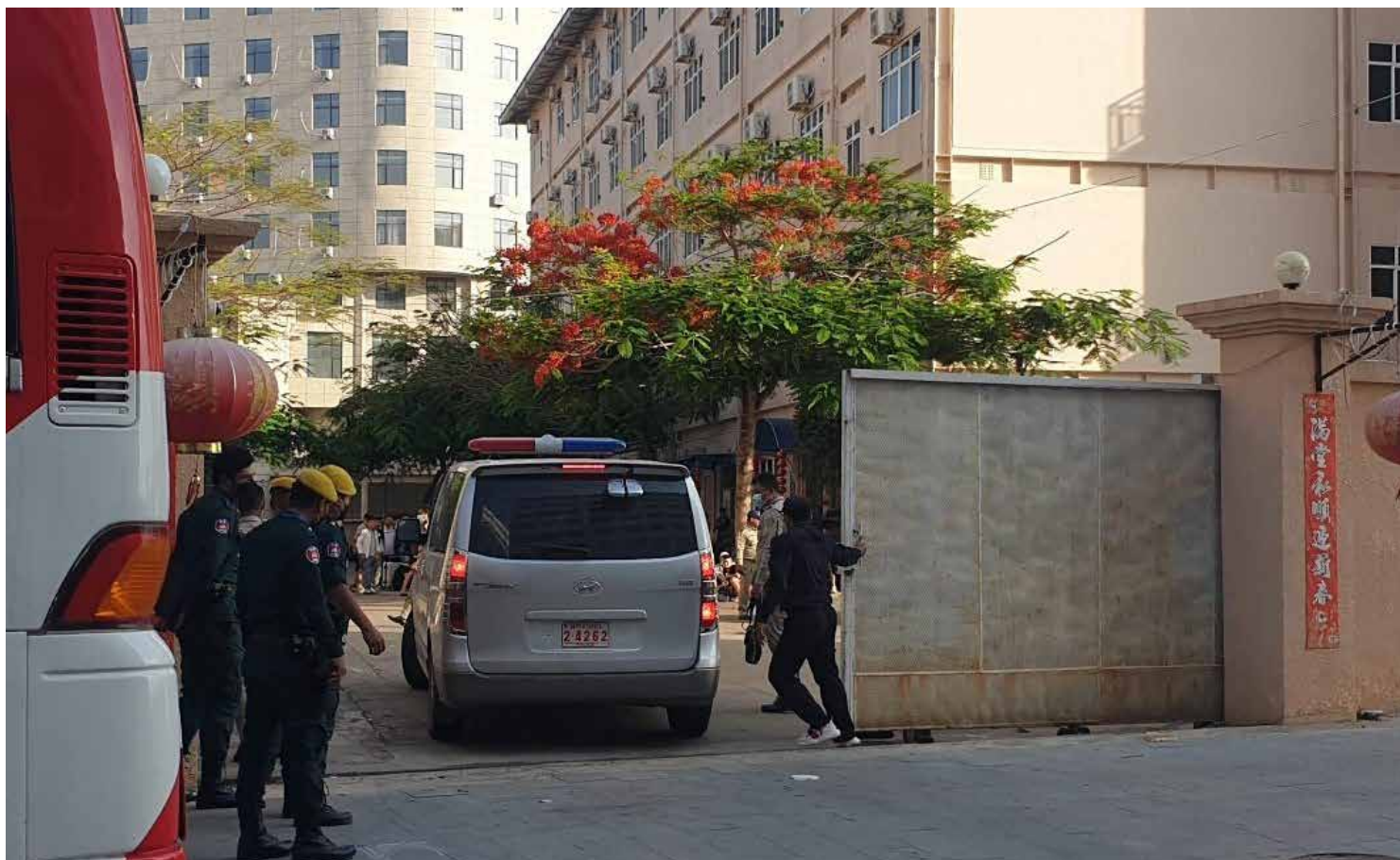
Warum geschieht dies in Kambodscha?

Kambodscha hat die perfekte Mischung aus geldgieriger Korruption, die von der untersten Polizeiebene bis hin zu den höchsten politischen Führern reicht. Das tritt in Kombination mit einer erbärmlich schwachen Rechtsstaatlichkeit und der totalen Kontrolle der Justiz durch die Regierung. Einfach ausgedrückt: Wenn Sie die richtigen Leute in Kambodscha bestechen, können Sie tun, was Sie wollen, ohne dass Fragen gestellt werden.

Die Anführer der Syndikate können sich in Kambodscha sicher fühlen und müssen keine Strafverfolgung befürchten. „Die Betrüger nehmen ihren Opfern nicht einmal die Telefone weg“, erklärt Ekapop Lueangpreasert, „denn diese Gangster sind sich so sicher, dass es ihr Revier ist, dass selbst wenn ihre Opfer ein Telefon haben, niemand ihnen helfen kann. Sie sind unantastbar.“ Diese Art von Verbrechen sei sehr profitabel, erläutert Naly Pilorge und sei ohne Hilfe von Regierungsvertreter:innen kaum durchführbar.

Nach den Berichten wurden zwar einige Razzien in Sihanoukville durchgeführt, einige hundert Menschen befreit und in ihre Heimatländer zurückgebracht, „aber das ist nur die Spitze des Eisbergs“, so Robertson von HRW. Dies geschähe auch nur, um die Regierungen der Nachbarländer zu beruhigen.

Auch wenn bei den Razzien einige der Täter verhaftet werden, bleiben die Hintermänner unangetastet. Selbst den Tätern drohen keine Strafen. „Nach den Verhaftungen kommt es zu keinen Gerichtsverhandlungen“, beklagt sich Naly Pilorge.



Syndikate verlagern Standorte

Das zaghafte Vorgehen der kambodschanischen Strafverfolgungsbehörden hat bis jetzt nur bewirkt, dass die Syndikate ihre Operationen aus Phnom Penh und Sihanoukville wegverlagern und sich neue Orte suchen. Zuletzt gab es Berichte aus der Provinz Pursat, in der dortigen SEZ ‚Thmor Da‘ und an der vietnamesischen Grenze in Bavet, wo einige Menschen in einer spektakulären Flucht sich über den Fluss nach Vietnam retten konnten.

Auf internationaler Ebene haben die Vorgänge und die Untätigkeit der kambodschanischen Regierung dazu geführt, dass im TIP-Bericht (Trafficking in Persons Report ist der Jahresbericht des US-Außenministeriums zur Überwachung und Bekämpfung des weltweiten Menschenhandels) über Menschenhandel 2022 Kambodscha in die niedrigste Kategorie abgestuft wurde. Damit drohen dem Land Sanktionen und der Verlust von Geldern in der Entwicklungszusammenarbeit.

Daher haben 35 zivilgesellschaftliche Organisationen Premier Hun Sen und die kambodschanische Regierung in einem Statement dazu aufgefordert, endlich gegen den Menschenhandel und die Cyberkriminalität vorzugehen. „Wir fordern

die Regierung auf, sinnvolle und koordinierte Maßnahmen zu ergreifen, um auf diese schweren Menschenrechtsverletzungen zu reagieren und die angebliche Komplizenschaft zwischen einigen Regierungsbehörden und den kriminellen Unternehmen zu untersuchen.“

Auch Phil Robertson fordert mehr internationalen Druck. „Das Einzige, was die kambodschanische Regierung zum Handeln veranlasst hat, ist die internationale Blamage und der Druck anderer Regierungen.“ Dazu sollten auch die internationalen Medien mit Berichten zeigen, was den Menschen an diesen Orten widerfährt und auf deren Notlage aufmerksam machen.

Naly Pilorge ist überzeugt, dass sich Kambodscha entscheiden und den politischen Willen, diesen Verbrechen ein Ende zu setzen, aufbringen müsse: „Das Land soll durch Tourismus, die Bekleidungsindustrie und ähnliches wachsen, aber nicht durch diese Art von Verbrechen.“

Razzia in einer der Betrugsfabriken. Oft werden die Betreiber:innen jedoch vor Polizeiaktionen vorgewarnt (Foto: © Mech Dara, alle Rechte vorbehalten).

Der Autor

Arthur Delle ist ein freier Journalist, der Südostasien seit über 25 Jahren bereist und aus der Region berichtet. Sein Fokus liegt dabei auf dem tagesaktuellen Geschehen in Kambodscha und Myanmar.

Die Stiftung Asienhaus

Die Stiftung Asienhaus folgt dem Leitbild »Menschen verbinden, Einsichten fördern, Zukunft gestalten« und trägt dazu bei, Brücken zwischen Zivilgesellschaften in Asien und Europa zu bauen. Sie setzt sich ein für die Verwirklichung der Menschenrechte, für die Stärkung gesellschaftlicher und politischer Teilhabe, sowie für soziale Gerechtigkeit und den Schutz der Umwelt.

Impressum

Redaktion:

Raphael Göpel

V. i. S. d. P.:

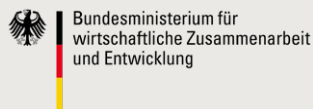
Raphael Göpel
Stiftung Asienhaus
Hohenzollernring 52
50672 Köln (Germany)
Tel.: +49-221-716121-25
raphael.goepel@asienhaus.de
www.asienhaus.de

Gestaltung:

Zaadstra Design
(www.zaadstra.design)

Dieses Werk ist unter der Creative-Commons-Lizenz 4.0 (CC BY-SA 4.0) veröffentlicht.

Gefördert von Engagement Global im Auftrag von:



MISEREOR
IHR HILFSWERK

**Brot
für die Welt** mit Mitteln des
Kirchlichen
Entwicklungsdienstes

Für den Inhalt dieser Publikation ist allein die Stiftung Asienhaus verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von Engagement Global gGmbH und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wieder.